



DFV-Wochenendseminar in Retgen-dorf/Mecklenburg

Interessant, lehrreich und informativ

Mit diesen Attributen wurde von den Teilnehmern das Wochenendseminar (11./12. 10. 2008) zum Thema : „Religion als politische Kraft – Christentum, Islam, Judentum“ eingeschätzt. Aufgrund der Aktualität der Thematik war die Erwartungshaltung groß und Klaus von Raussendorff als Referent verstand es, in theoretisch komprimierter Form mit Bezug auf das internationale Zeitgeschehen Denkanstöße und Erkenntnisse zu vermitteln. In der Abhandlung dieser Thematik ging er in fünf Thesen von Akzenten der marxistischen Religionskritik aus.

Seiner ersten These stellte er voran, „dass die marxistische Religionskritik eine wissen-

schaftliche Methode ist, welche die Religion als eine Form des gesellschaftlichen Bewusstseins zum Gegenstand hat. Sie entwickelt die kritische Analyse religiöser Erscheinungen auf der Grundlage des historischen Materialismus aus den jeweils gegebenen Lebensverhältnissen. Ausgehend von den realen Gesellschaftsprozessen unterscheidet sie in der Lebenswelt einzelner Religionen zwischen rückschrittlichen und fortschrittlichen Kräften. Dies schließt notwendigerweise die Kritik reaktionärer agnostischer, atheistischer Ideologien ein, insbesondere wenn diese wie der gegenwärtige Anti-Islamismus in „religionskritischer“ Pose auftreten. So wird die historisch-materialistische Religionskritik zu einem wichtigen Element des allgemeinen ideologischen Kampfes gegen den Rassismus und Irrationalismus des kapitalistischen Welt-systems.“

Unter Berufung auf Marx ging er in den folgenden Thesen von der Erkenntnis aus, dass der Atheismus in der Negation des Gottes keine Antwort gibt auf die Entwicklungskräfte der menschlichen Gesellschaft. →



Wochenendseminar in Retgen-dorf. v.l.n.r. Gerd Adolph, Klaus von Raussendorff (Referent), Cornelius Kaal und Berend Buscher

AUS DEM INHALT

Religion/Kirche/Kritik

Interessant, lehrreich und informativ- zum Wochenendseminar des DFV	1
Einladung Landeskongress am 24.1. in Lübeck	3
Aus der Arbeit des Landesvorstands	3
Zur Jahreswende von Angelika Scheer.	4
Fundsache	4
Freidenker im Kalten Krieg	5
Auch wieder 2009 Jugendweihe in Lüneburg.	5
Protest gegen Kirchen-Austrittsgebühr.	5
Bist du noch in der Kirche? Gedicht von Erich Weinert	6
Nachlese zum Wochenendseminar	7

Antifaschismus:

Rechtsentwicklung 2008 – Im Aufstieg begriffen	7
--	---

„Du bist antisemitisch“ – Gespräch mit der Enkelin	8
Ester Bejarano erhält Bundesverdienstorden	8
Pflichtthema „Vertreibung“ in Niedersachsen	9

International

China nach den Olympischen Spielen – aktueller denn je	9
--	---

Historisches

Eine unerwartete Begegnung mit Kant in Kaliningrad (Königsberg)	10
90 Jahre Matrosenaufstand in Kiel und die Revolution von 1918/19	11

Exkursion 2009	11
Tipps und Termine	12

Im Unterschied zum Atheismus ist das methodische Vorgehen der Religionskritik von Marx auf alle gesellschaftlichen Erscheinungsformen anzuwenden. Sie ist vor allem Kritik an den sozialökonomischen, zur Entfremdung des Menschen führenden Prozessen. Die heutigen Manipulationsprozesse der Volksmassen sind äußerst pluralistisch, wobei die religiösen einen relativ kleinen Platz einnehmen, so sind z. B. der Rassismus oder der Markt fetischismus bei Weitem größer. Man muss heute, so betonte Klaus von Raussen-dorff, die Kritik religiöser Erscheinungen aus den wirklichen Lebensverhältnissen entwickeln, d. h. die gesamte Politik des ganzen Systems der Staaten der Welt in ihren ökonomischen und politischen Wechselbeziehungen in die Betrachtung einbeziehen. „Dann erscheint beispielsweise der evangelikale Fundamentalismus der USA vor allem als Ideologie imperialistischer Weltherrschaftsbestrebungen, die Kirchenpolitik des Vatikans vor allem als eine ideologische Dienstleistung für die kapitalistische ‚Globalisierung‘... Zu einer solchen Analyse ist die übliche atheistisch-materialistische Weltanschauung nicht in der Lage.“



*Pause im Seminar. Hinter dem Büchertisch Angelika Scheer.
Foto: E. M. Simon*

Aufbauend auf historische Fakten begründete er abschließend die Notwendigkeit und Möglichkeiten eines Bündnisses zwischen religiösen und nicht religiösen Kräften, z. B. im Kampf gegen Faschismus oder in der internationalen Befreiungsbewegung.

In der Aussprache bezogen sich die Fragen an den Referenten wie auch die Standpunkte der Teilnehmer auf die aktuelle internationale Rolle der Kirche, auf die Perspektive der Religionen in der Welt, auf den Widerspruch von Kirchenaustritten einerseits und religiösen Massenveranstaltungen andererseits, auf den Islamismus, auf die Einflussgröße der modernen Medien und auf das Bündnis sowohl zwischen den Religionen als auch zwischen religiösen und nichtreligiösen gesellschaftlichen Kräften.

Wie immer war die Zeit zu knapp, um all das, was diese umfangreiche Thematik beinhaltet, abzuhandeln. Trotz der Kürze wurde viel Anregendes und Nachdenkenswertes vermittelt und so war es nicht verwunderlich, dass zur abendlichen Zeit in regen Gesprächen der Gedankenaustausch seine Fortsetzung fand.

Elli-Marie Simon



*Wochenendseminar in Retgendorf vom 11.-12.10.08.
V.l.n.r.: Werner Mahnke, Kreisvorsitzender Neustrelitz-M/V;
Norbert Norek, Hamburg; Toni Krohs, Berlin; Egon Schlorff,
Neustrelitz, M/V*

In seiner letzten These weist der Referent auf den ambivalenten Charakter der Religion hin. Einerseits rechtfertigt sie bestehende gesellschaftliche Missstände, andererseits ist sie auch Protest gegen unmenschliche soziale Verhältnisse. Nach seiner Auffassung kommen die Protestimpulse in der Religion besonders im monopolistischen Kapitalismus unserer Epoche, in der verstärkt menschenverachtende säkulare Ideologien wie Rassismus, Faschismus, Kolonialismus und Herrenmenschen-Demokratie aufkommen, stärker zum Ausdruck. „Andererseits erfüllen heute die modernen Medien die Funktion der ideologischen Massenbearbeitung wie keine Kirche je zuvor. Soweit heute überhaupt von einer allgemeinen, globalen ‚Rückkehr der Religion‘ gesprochen werden kann, ist diese im Wesentlichen ein Reflex auf die Kälte marktwirtschaftlicher Verhältnisse.“

Retgendorf am Schweriner See



Aus der Arbeit des Landesvorstands

Am 12. Oktober kam der Landesvorstand DFV Nord e.V. zu seiner 3. Sitzung in diesem Jahr zusammen. Diese Sitzung fand wie bereits traditionell im Rahmen des alljährlichen Wochenendseminars statt. Das war dieses Mal in Retgendorf direkt am Schweriner See. Zum Seminar selber siehe entsprechenden Beitrag in diesem Heft.

Der Vorstand hatte wieder eine umfangreiche Tagesordnung abzuarbeiten. Die wichtigsten Punkte bezogen sich auf den Stand der Vorbereitungen unserer Landeskonzferenz am 24. Januar 2009 im DGB-Haus in Lübeck, die am 4. Oktober in Erfurt stattgefundenen Bildungskonferenz, Informationen zur Redaktionsarbeit des FREIDENKER.

Ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung war auch ein Vorschlag für Arbeitsfelder und Themen im nächsten Jahr. Der Vorschlag wurde einstimmig beschlossen und ist eine Empfehlung an die Landeskonzferenz und den neu gewählten Vorstand. Des Weiteren wurde über die stattgefundenen Veranstaltungen und Aktivitäten aus den Regionen berichtet. Cornelius Kaal rückte die Arbeit der AG Jugendweibe Groß-Hamburg e.V. ins Blickfeld und betonte die erfolgreiche Arbeit am Beispiel Lüneburg.

Die Tagesordnungsschwerpunkte im Einzelnen:

Für die Landeskonzferenz (LK) wurde ein Vorschlag über die Organe der LK einstimmig beschlossen sowie Personalvorschläge für die Wahlfunktionen diskutiert und ebenfalls als Vorschlag für die LK einstimmig beschlossen. Eine Beschlussfassung als Antrag des Landesvorstands an die LK zur Weiterlei-

tung an den Verbandstag (VT) zum Thema FREIDENKER wurde ebenfalls einstimmig beschlossen. Auch für die Delegierten zum VT wurde ein Vorschlag verabschiedet.

Die Bildungskonferenz am 4. Oktober in Erfurt kann als erfolgreich bezeichnet werden. Uwe und Angelika haben vom LV Nord teilgenommen.

Die Arbeitsplanung für das Jahr 2009 wurde diskutiert und vom jetzigen Vorstand ergänzt und befürwortet. Die Umsetzung nach Diskussion und Beschluss obliegt der LK und dem neuen Vorstand. Das waren Auszüge über eine Tagesordnung; die pünktlich um 9.00 Uhr begann und pünktlich um 12.00 Uhr beendet war.

*Angelika Scheer,
Landesvorsitzende*



Heideruhfest 2008 in Seppensen

Einladung zur Landeskonzferenz des DFV Nord e.V.

*Liebe Genossinnen und liebe Genossen,
und liebe Freundinnen und Freunde,*

hiermit lädt der Vorstand zur turnusmäßigen Landeskonzferenz satzungsgemäß mindestens drei Monate vor der Konferenz einschließlich eines Tagesordnungsvorschlags ein. Der Vorschlag der Tagesordnung wurde auf der Vorstandssitzung am 28.6.08 in Neustadt-Glewe beschlossen.

Tagesordnungsvorschlag für die Landeskonzferenz am 24.1.2009 im Haus des DGB Lübeck, Holstentorplatz 1-5 (Nähe Holstentor und Bahnhof) Zeitraum von 12.00 bis 16.30 Uhr

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung
2. Konstituierung der Konferenz
 - Wahl der Versammlungsleitung
 - Wahl der Protokollführung
 - Wahl der Wahlkommission
3. Rechenschaftsbericht des Vorstands von 2006 bis 2009
4. Kassenbericht
5. Bericht der Revisoren
6. Diskussion zu den Berichten
7. Entlastung des Kassierers und des Vorstands
8. PAUSE
9. Anträge
 - allgemeine Anträge
 - Satzungsänderungen
 - an den Verbandstag
10. Diskussion und Beschlussfassung zu den Anträgen
11. Wahlen
 - Beschlussfassung über die Größe des Vorstands
 - Wahl des Vorstands
 - Wahl der Revisoren
 - Wahl Delegierte zum Verbandstag (22./23. Mai 2009 in Berlin)
12. Schlusswort

Zur Jahreswende von Angelika Scheer

Wieder geht ein Jahr zu Ende und ein neues beginnt. Immer dann ist die Gelegenheit einen Blick zurück und einen Blick nach vorn zu richten. Fangen wir mit dem Rückblick an: Einige Mitglieder unseres Landesverbands beteiligten sich im Januar 2008 an der Rosa-Luxemburg-Konferenz der Berliner Tageszeitung „junge Welt“ und am Gedenken für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin auf der großen Demonstration zur Gedenkstätte der Sozialisten, an der alljährlich bis zu 100 000 Menschen aus ganz Deutschland und teilweise auch aus dem Ausland teilnehmen (s. auch die Ankündigung letzte Seite).

Im April haben wir vom Landesverband eine Exkursion nach Worpswede unter dem Motto „Auf den Spuren von Heinrich Vogeler“ unternommen. Auch wenn Heinrich Vogeler selbst aus verschiedenen Gründen ein wenig zu kurz kam, war es ein informatives Wochenende mit Einblick in die Geschichte des Ortes und einem hochkarätigen Vortrag zur Rolle der Künstler Worpswedes während der Nazizeit. Darüber haben wir ausführlich in unserem Rundbrief berichtet.

Einige unserer Mitglieder haben an der Bildungskonferenz des Verbandsvorstands Anfang Oktober in Erfurt teilgenommen. Dazu wird es in absehbarer Zeit eine gesonderte Publikation des Verbandsvorstands geben.

Ein Wochenende später hatten wir unser traditionelles Wochenendseminar, das dieses Jahr in Retgendorf am Schweriner See mit dem DFV-Referenten für Internationale Solidarität, Klaus von Raussendorff, stattfand. Siehe die Berichte in diesem Rundbrief.

Bei einem Rückblick müssen aber auch die Aktivitäten erwähnt werden, die regional in Neustrelitz, Hamburg, Kiel, Lüneburg und Bremen stattfinden. Das sind teils eigene Veranstaltungen oder auch welche, die mit Bündnispartnern durchgeführt wurden. Beispielhaft ist hier die Mitarbeit in der AG Jugendweihe Groß-Hamburg e.V. zu nennen, zu den auch Aktivitäten in Lüneburg, Geesthacht und Elmshorn gehören.

Leider mussten wir auch 2008 von Mitgliedern des DFV-Landesverband Nord, die zum Teil Jahrzehnte dem Freidenker-Verband angehörten, Abschied nehmen. Dazu gehörten Dieter Leitreiter aus Bremen, Anneliese Bauer und Dr. Klaus Waterstradt aus Lübeck.

Wir gedenken dankbar ihres Engagement für die Freidenkerbewegung und die soziale Gerechtigkeit auch in anderen Organisation wie der Erich Mühsam-Gesellschaft, der SPD oder der Partei der Linken.

*Deutscher Freidenker-Verband, Landesverband Nord e.V.
Angelika Scheer, Landesvorsitzende*

Fundsache

(eingeschickt von Gerd Adolph)

Der unbekannte Ausweg

„Wir sind doch unglücklich, dass aus unserem Tal kein Ausweg stattfindet.“ Also jammerten die Kühe und Schafe in einer eingeschlossenen Bergweide. Ein Reh, das ihre Klagen hörte, sagte zu ihnen:

„Es hat freilich Auswege aus jener Weide, aber Hirt und Metzger werden sie euch nicht zeigen und um sie selber zu finden, darf man weder Schaf noch Kuh sein.“

Verfasser unbekannt

Nach dem Rückblick folgt der Blick nach vorn:

Am 2. Wochenende im Januar 2009 sind wieder die Aktivitäten in Berlin im Rahmen des Gedenkens an Luxemburg und Liebknecht. Es sind nun 90 Jahr her, dass im November 1918 die Sozialistische Republik von Karl Liebknecht vor Zehntausenden Menschen in Berlin ausgerufen wurde. Zeitgleich wurde auch die Republik von den „Mehrheitssozialisten“ unter Ebert und Scheidemann ausgerufen. Doch die Soldateska hat die Helden der Revolution Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wenige Wochen später ermordet.

Deshalb findet über ein halbes Jahrhundert schon das Gedenken an die beiden Arbeiterführer und Gründer der KPD statt. In der Weimarer Republik, in der DDR und nun in der Bundesrepublik Deutschland wird das Vermächtnis gewahrt.

Am 24. Januar 2009 findet unsere Landeskonferenz in Lübeck statt. Dazu wurde bereits eingeladen. Mitglieder und Gäste sind herzlich willkommen.

Im April findet wieder unsere nun auch schon traditionelle Exkursion statt. Hamburg ist das Ziel (siehe diese Ausgabe). Im Mai findet der Verbandstag des DFV in Berlin statt. Unser Wochenendseminar wird vom 31.10. bis 1.11. in Heideruh (Nordheide) stattfinden. Als Höhepunkt werden wir dort eine Veranstaltung mit Kai Degenhard anbieten. Er hat sein Kommen bereits zugesagt. Das genaue Thema des Wochenendes wird später bekannt gegeben.

Auch 2009 wird es wieder darüber hinaus örtliche Veranstaltungen und Unternehmungen geben, die soweit bekannt, auch im Rundbrief veröffentlicht werden.

Jetzt wünsche ich im Namen des Vorstands unseres DFV-Landesverbands Nord e.V. allen Mitgliedern und Freunden ein gutes gesundes neues Jahr. Streiten und kämpfen wir weiter für eine friedliche Welt in der unsere Kultur und Weltanschauung Einzug findet. Dafür brauchen wir Mitglieder, die mit uns streiten. Neue Mitglieder sind uns herzlich willkommen.

Horst Bethge – Freidenker im Kalten Krieg

Thomas Mann bezeichnete den Antikommunismus als die Grundtorheit unserer Epoche. Im Kalten Krieg war der Antikommunismus Staatsdoktrin. Er richtete sich nicht nur gegen die Kommunisten, sondern gegen alle, die dem kapitalistischen System, der Remilitarisierung und Einbindung in das gegen die Sowjetunion gerichtete NATO-Bündnis kritisch gegenüber standen. Zu Hochzeiten des Kalten Krieges, wurde auch mit den Mitteln der Strafjustiz gegen Linke vorgegangen. Diese Einschüchterungen zeigten auch in Teilen der Arbeiterbewegung Wirkung. Während sich der größte Teil der Landesverbände des Deutschen Freidenker-Verbandes gegen die Staatsdoktrin Antikommunismus immun zeigte, trug er im Landesverband Hamburg-Wasserkante, einer der Quellorganisationen unseres heutigen Landesverbandes, Früchte. Der Landesvorstand tat, was man im Kurt-Schumacher-Haus, der Hamburger SPD-Zentrale, von ihm erwartete. Es kam zu Ausschlüssen aus dem Verband, etwa wegen der Teilnahme an den Ostermärschen und an den Weltfestspielen der Jugend und Studenten.

Zu den damals Ausgeschlossenen gehörte auch Horst Bethge, heute bildungspolitischer Sprecher der Partei DIE LINKE. Horst Bethge erwarb sich später besondere Verdienste als Funktionär der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und als Sprecher der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ sowie in der Friedensbewegung. Der Vorstand des Landesverbandes Nord e.V. des Deutschen Freidenker-Verbandes bedauert es, dass es seinerzeit im Verband zu solchen im Widerspruch zum Anliegen der Freidenkerbewegung stehenden Entscheidungen gekommen ist. Dass wir von diesen zur Zeit des Kalten Krieges ergangenen Beschlüssen abgrenzen, wird auch dadurch deutlich, dass wir Horst Bethge zu unserem nächsten Herbstseminar, 2009 im Ferienheim Heideruh in Buchholz/Nordheide, als Referenten eingeladen haben.

Cornelius Kaal

**ARBEITSGEMEINSCHAFT JUGENDWEIHE
GROSS-HAMBURG e.V.**

Pressemitteilung

Auch 2009 wieder Jugendweihekurs in Lüneburg

Auch im Jahr 2009 findet in Lüneburg wieder ein Vorbereitungskurs zur Jugendweihe statt. Der Kurs beginnt am Samstag, 17. Januar, findet alle vierzehn Tage statt und endet am 20. Juni mit der Jugendfeier in der Musikhalle in Hamburg. In den Vorbereitungskurs ist ein Wochenendseminar integriert. Veranstalter ist die Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg, getragen vom Deutschen Freidenker-Verband e.V., den Freien Humanisten und unorganisierten Freigeistern. Der Lüneburger Kurs wird geleitet von Sylvia

Junge und Cornelius Kaal, unterstützt werden sie von Falk Junge, der selbst 2006 an der Jugendweihe teilgenommen hat. Informationen zur Jugendweihe sind unter der Telefonnummer 0 58 23 - 95 31 74 erhältlich. Jugendliche können unter dieser Telefonnummer auch schon für diesen Kurs angemeldet werden.

Das Angebot wendet sich an kirchlich nicht gebundene Jugendliche von vierzehn Jahren, die für sich einen Standpunkt suchen im Prozess des Hineinwachsens in die Erwachsenenwelt.

Die Jugendweihe entstand im vorletzten Jahrhundert als Antwort von Freidenkern, Freireligiösen (heute Freie Humanisten) und der Arbeiterbewegung auf die kirchliche Konfirmation. 1890 feierten konfessionslose Hamburger Familien zum ersten Mal eine weltliche Jugendfeier.

Für Rückfragen:

Cornelius Kaal 0177 - 20 49 867

Protest gegen Austrittsgebühr!

Leserbrief von Kurt Wolfgang Ringel

Zu „Gebühr für Kirchenaustritt rechters“ im Neuen Deutschland vom 9./10.08-2008:

Entschieden protestiere ich gegen das Schad- und Gesinnungsurteil der Karlsruher Richter. Die Entscheidung des Karlsruher Gerichts ist eine Entscheidung gegen die angeblich in Deutschland existierende Trennung von Kirche und Staat. Hier besteht noch sehr viel Nachholbedarf! Das Urteil zeigt auch, die Richter sind nicht unabhängig in ihren Entscheidungen; sie sind total religionslastig. Da werden Kinder in einem Alter von der Kirche vereinnahmt, in dem sie noch keine Möglichkeit haben, dagegen Einspruch zu erheben bzw. ihre Abneigung gegen einen solchen Schritt zu äußern. Somit sind diese Menschen gleich zweifach bestraft, indem sie für den Austritt aus einem Verein, in dem sie nicht auf eigenen Wunsch hin eingetreten sind, zur Kasse gebeten werden. Sie werden nachträglich für eine Tat bestraft, die sie nicht begangen haben. Die Richter in Karlsruhe haben somit kein unabhängiges, sondern ein Klassen- und Schandurteil gefällt.

Der Staat ist mit diesem Urteil wieder einmal zum Steigbügelhalter der Kirche geworden. Und er hat dabei die Verfassung der Bundesrepublik verletzt. Menschen werden durch dieses Urteil behindert, ihre Glaubens- und Religionsfreiheit wahrzunehmen. Deutlich wird, dass Karlsruhe den christlichen Religionen und Sekten direkt in die Hände arbeitet. Der Bürger wird in seinen persönlichen Freiheiten beschnitten.

Der Austritt aus der Kirche muss bedeutend vereinfacht werden. Dazu bedarf es einer formlosen schriftlichen Erklärung bei einem Notar, der ihm per Rückbrief die getroffene Entscheidung bestätigt. Soviel Modernität muss doch in unserem Staat möglich sein.

Auch habe ich noch nicht gehört, dass zum Beispiel Mitglieder in der SPD, Mitglieder in Hunde- und in Tauben-Vereinen bei ihrem Austritt 30 Euro bezahlen müssen. Das wäre mir neu. Und Kirchen sind schlichtweg auch nur Vereine! Die Zahlung von 30 Euro für den Kirchenaustritt erinnert mich

an die Belohnung eines Täters auf Kosten seines Opfers. Und dieses Unrecht sanktioniert Karlsruhe!

In diesem Zusammenhang muss das Recht der Bürger gestärkt werden. So dürfen Vereinssteuern nicht automatisch, auch die Kirchensteuer nicht, vom Staat und auch von keinem Verein eingezogen werden. Über die Art der Zahlung von Mitgliedsbeiträgen muss jedes einzelne Mitglied selbst entscheiden können. Ein Mitglied eines Vereins zählt als ausgetreten, wenn er z. B. unbegründet mindestens drei Monate mit seinen Beiträgen im Rückstand ist. Dieser Modus ist für alle Vereine gesetzlich festzuschreiben (Vereinsgesetz!). Kein Beitrag darf automatisch von einem Verein, auch von der Kirche nicht, automatisch eingezogen werden, wenn der Bürger nicht ausdrücklich und schriftlich seine Einwilligung dazu erklärt. Er muss aber selbstverständlich das Recht haben, diese Einwilligung widerrufen zu können. So sieht tatsächliche Demokratie aus! W.R.

Gebühr für Kirchenaustritt rechtens !?

Karlsruhe (dpa/ND). Eine staatliche Gebühr für den Austritt aus der Kirche verstößt nicht gegen die Religionsfreiheit. Das hat das Bundesverfassungsgericht in einem am Freitag veröffentlichten Beschluss entschieden. Eine Gebühr von 30 Euro, die das Land Nordrhein-Westfalen seit zwei Jahren für den beim Amtsgericht zu erklärenden Kirchenaustritt erhebt, ist danach mit dem Grundgesetz vereinbar. Daher nahm das Karlsruher Gericht die Verfassungsbeschwerde eines Katholiken nicht zur Entscheidung an. Die Gebühr sei in dieser Höhe zumutbar, weil damit lediglich die Verwaltungskosten abgedeckt würden. Der 1979 geborene Mann hatte geltend gemacht, zur Religionsfreiheit gehöre das Recht, »frei von staatlichem Zwang« und deshalb ohne Kosten aus einer Religionsgemeinschaft austreten zu dürfen. Zudem sei nicht einzusehen, warum der Eintritt in die Kirche gebührenfrei sei, der Austritt dagegen kostenpflichtig.

Quelle: Neues Deutschland vom 9./10.08-2008

Bist du noch in der Kirche?

Historisches von Gerd Adolph

Anfang der 70er Jahre stieß ich im „Freidenker“, der seinerzeit das Format und den Umfang unseres heutigen Rundbriefes hatte, auf folgendes Gedicht von Erich Weinert:

BIST DU NOCH IN DER KIRCHE?

Ich habe einen Indifferenten gefragt:

„Bist du noch in der Kirche?“ – Da hat er gesagt:

„Ja, ich bin noch drin.

Aber ich gehe schon seit zehn Jahren nicht mehr hin.

Als aufgeklärter Mensch habe ich mit den Pfaffen Und dem ganzen Brimborium nichts mehr zu schaffen.“

„Und warum trittst du nicht aus?“

„Ja, es wurde immer nichts draus!“

„Du zahlst auch Kirchensteuer, nicht wahr?“

„Ja, so etwa 30 Mark im Jahr.“

„Eigentlich verdienst du eins hinter die Ohren.

Einmal betrachtest du die Pastoren

Als Diener der finsternen Reaktion, und dann ernährst du sie mit deinem Lohn!“

„Schon recht! Man entschließt sich bloß immer nicht!

„Also morgen gehst du aufs Amtsgericht!“

Ich habe einen Sozialdemokraten gefragt:

„Bist du noch in der Kirche?“ – Da hat er gesagt:

„Die Kirche kommt gar nicht in Frage für mich.

Ich bin zwar noch drin, doch nur äußerlich.

Es ist wegen meiner Frau und meinem Sohn.

Der Junge soll in der Schule nicht drunter leiden.

Und meine Frau ist für Taufe und Konfirmation.

Ich möchte eben Differenzen vermeiden!

Trotzdem bin ich Atheist, wie du weißt,

Und kläre die Menschen auf, wo ich kann.“ –

„Und zu Hause duldest du den heiligen Geist?“

Deine Frau ist doch gar nicht mehr gläubig gesonnen.

Die Aufklärung fängt nämlich zu Hause an!

Die ist sicher bald für den Austritt gewonnen.“

Ich habe einen Kommunisten gefragt:

„Bist du noch in der Kirche?“ – Da hat er gesagt:

„Ach, denkst du wohl, ich gehe sonntags beten?“

Da wäre ich ein schöner Kommunist!

Wir sind zwar formell noch nicht ausgetreten,

Was ja schließlich überflüssig ist.

Wir hatten keine kirchliche Trauung.

Bei Vaters Begräbnis hat keiner gepredigt.

Der Pastor kennt unsere Weltanschauung.

Für den sind wir schon lange erledigt.

Und Kirchensteuern bezahl ich ja nicht!

Was soll ich da noch auf dem Amtsgericht?“

Genosse, nun will ich dir mal was flüstern!

Dein Name steht in den Kirchenregistern!

Und nun erzählt dein Pastor seiner Gemeinde.

Bei uns ist sogar noch ein Kommunist,

Ein Mann aus dem Lager der Glaubensfeinde!

Das beweist, liebe Freunde, dass Jesus Christ

Doch stärker als gottlose Lehren ist!“

Ja, daran hab ich noch gar nicht gedacht!“

„Nun aber schnell einen Strich durch gemacht!“

Allen dreien sag ich noch eins zum Schluss:

Ihr seid euch völlig darüber klar,

Die Kirchenherrschaft ist eine Gefahr,

Die mit allen Mitteln bekämpft werden muss!

Heute verbietet sie uns schon, wie ihr wisst,

Sie als das zu bezeichnen, was sie ist.

Die Geistesfreiheit, die sie irritiert,

Wird mit staatlichem Gummi hinwegradiert.

Doch wenn sie uns auch zum Schweigen zwingen –

Es gibt noch ein Mittel, legal und erlaubt,

Womit man den geistlichen Finsterlingen

Den Boden unter den Füßen raubt:

Wenn die Millionen den Austritt erklären,

die innerlich nicht mehr zur Kirche gehören,

Das wäre für die Reaktion ein Schlag,

Den kein Gesetz zu verhindern vermag!

Doch die, die sich jetzt nicht endgültig trennen,

Die sollen sich ja nicht mehr Kämpfer nennen!

Leserzuschrift:

Nachlese

Als Teilnehmer des Wochenendseminars im Oktober in Retgendorf bei Schwerin möchte ich mich noch einmal auf diesem Wege bei Dr. Klaus von Raussendorff für seinen interessanten Vortrag zum Thema: „Religion als politische Kraft – Christentum, Islam, Judentum“ bedanken.

Für mich persönlich hat dieser Vortrag auch zur Klärung einer Reihe von Fragen über unser Verhältnis zur Religion, zur Art und Weise einer atheistischen Propaganda beigetragen. Ich hielt besonders seinen Ausgangspunkt für wichtig, dass nach Marx die Religionskritik dem Kampf um eine bessere Welt untergeordnet und dass die Religion nicht Opium für das Volk, sondern das Opium des Volkes ist.

Mir fiel dabei auch die Feststellung von Friedrich Engels im Anti-Dühring ein, dass „alle Religionen nichts anderes als die phantastische Widerspiegelung in den Köpfen der Menschen“ ist.

Man muss schon in der weltanschaulichen Auseinandersetzung die tiefen subjektiven und gefühlsmäßigen Wurzeln der Religion beachten, um daraus abzuleiten, dass man Religion nicht einfach als Unsinn reduzieren kann.

Sicher habe ich es mir in der Vergangenheit auch zu leicht gemacht, einfach Wissenschaft und Glauben gegenüberzustellen. Ich habe dabei aber auch gemerkt, dass man sich mit einer total verallgemeinerten und gegenstandslosen Religi-



on, mit einem nur gefühlten Glauben gar nicht auseinandersetzen kann. Deshalb halte ich auch den Hinweis von Dr. Klaus von Raussendorff für richtig, sich in der Auseinandersetzung den gesellschaftlichen Fragen zu zuwenden. Als mögliche Felder nannte er die Diskussion über die übersinnliche Kraft des Marktes, die alles regelt, die nicht verwirklichte Trennung von Staat und Kirche, den Kampf um Frieden und gegen das Elend in der Welt als Teil des Kampfes der Menschheit um Erlösung.

Nur soviel, als ein Gedanke aus seinem Vortrag.

Ich habe mich darüber gefreut, dass ich viele neue Erkenntnisse mit nach Hause nehmen konnte.

Werner Mahnke

Rechtsentwicklung 2008 – Im Aufstieg begriffen

DRESDEN/SCHWERIN (Eigener Bericht) - Nach dem Kommunalwählerfolg der NPD in Sachsen befürchten Experten ein weiteres parlamentarisches Erstarken der rechtsextremen Partei. In den nächsten zwölf Monaten finden Urnengänge in sämtlichen Schwerpunktregionen der NPD statt. I

n Brandenburg, wo sie sich die Kandidaturen mit der konkurrierenden DVU teilt, steht bereits im September die Kommunalwahl bevor. Die NPD habe sich mittlerweile in einigen Gebieten „fest verankern“ können und versuche, „von diesen Satelliten aus andere Regionen langsam für sich zu erobern“, berichtet der Rechtsextremismus-Experte Andreas Speit im Gespräch mit [german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com).

Der Aufstieg der Partei beruht nicht zuletzt auf gelungenen Bemühungen, sich als „Sammlungsbewegung“ der extremen Rechten zu etablieren; dazu gehören auch gewaltbereite Milieus („Kameradschaften“). Mit den Wahlerfolgen der NPD erstarken rassistische und antisemitische Haltungen in der deutschen Bevölkerung, aber auch Großmachtfantasien, die Deutschland als Weltmacht in Rivalität zu den Vereinigten Staaten stärken wollen. „Europa“ mit „Deutschland als europäischem Zentrum“ müsse „ein wirkliches politisches und wirtschaftliches Gegengewicht zu den USA“ werden, fordert die NPD. 20.8.08

mehr

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57298>

Rezension: Andrea Röpke, Andreas Speit (Hg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft Berlin 2008 (Christoph Links Verlag)

„Die NPD schickt sich an, einen alten Traum zu verwirklichen“, schreiben Andrea Röpke und Andreas Speit: Sie sucht „sich als ‘nationale Sammlungsbewegung’ zu etablieren, die die Führung im extrem rechten Lager übernimmt“. Und sie hat Erfolg. Seitdem sie im vergangenen Jahr ihre Mitgliederzahl auf 7.200 verdoppeln konnte, ist sie die personalstärkste Partei der extremen Rechten. Nach dem Ein-



zug in die Landtage in Dresden (2004) und Schwerin (2006) hat sie im Juni ihre Stellung in Sachsen bei den Kommunalwahlen stark ausgebaut. Nun strebt sie weitere

Wahlerfolge an. Die Strategie, mit der die NPD ihren stetigen Aufstieg zur Sammlungsbewegung vorantreibt, beschreiben Röpke und Speit in „Neonazis in Nadelstreifen“ eingehend und detailliert. Beide befassen sich seit langen Jahren mit der Entwicklung der extremen Rechten in der Bundesrepublik und haben jetzt einen Band vorgelegt, der die Ursachen für die Erfolge der NPD aufzeigt.

mehr

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57296>

mehr

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57298>

Ein Gespräch mit der Enkelin: „Du bist antisemitisch!“

Unabhängig von ihrer sachlichen Berechtigung wird in unserer heutigen Zeit nicht selten Kritik an der Politik des Staates Israel gegenüber dem palästinensischen Volk als Antisemitismus diffamiert. Das musste sich auch eine ältere Bekannte von mir, deren Vorfahren jüdischen Glaubens waren, von ihrer achtzehnjährigen Enkelin anhören.

Nach den Momenten der Betroffenheit bedurfte es der Klärung, dass Kritik an der aggressiven Siedlungspolitik des israelischen Staates, der im allgemeinen als Staat der Juden bezeichnet wird, nicht mit Antisemitismus gleichzusetzen ist.

Mit dem Hinweis auf die Aktion „Schalom 5767“ (www.schalom5767.de) und auf die Stellungnahme der Gruppe „Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost“ (www.juedische-stimme.de), aber auch auf die eigene Familiengeschichte versuchte sie ihrer Enkelin nachstehende Überlegungen nahe zu bringen.

Zum einen.

Antisemitismus steht für Judenfeindlichkeit, für Judenhass; es ist eine gegen Juden gerichtete menschenverachtende und -vernichtende rassistische Ideologie und Politik.

Die Kritik an der Besatzungspolitik des Staates Israel ist nicht gegen das Judentum gerichtet. Im Eintreten für einen gerechten Frieden wenden sich Menschen aus aller Welt gegen jegliche Aggressionspolitik von Staaten, unabhängig davon, ob diese Staaten Interessenvertreter von Bürgern jüdischen, christlichen oder moslemischen Glaubens sind. Sie fordern Akzeptanz und Toleranz als wesentliche Voraussetzung für ein gutnachbarliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher nationaler Herkunft und Religiosität.

Zum anderen.

Die Bezeichnung Israels als den Staat der Juden ist nicht realistisch. Es ist eine Illusion, in einer Zeit fortschreitender Internationalisierung gesellschaftlicher Entwicklungen, einen Staat aufzubauen oder zu manifestieren nach dem Prinzip ein Volk und eine Religion. Die Tatsachen in der Welt und in Israel selbst sprechen für sich.

Menschen jüdischen Glaubens leben in fast allen Teilen der Welt, gehören den Nationen an, deren Bürger sie sind, sprechen deren Sprache und leben in deren Kulturen. Sie teilen nicht nur deren Geschichte, sondern prägen die ökonomischen, wissenschaftlichen, kulturellen und politischen Entwicklungen mit.

In ihren Empfindungen und Gefühlen zu ihrem Land – es ist ihre Heimat – unterscheiden sie sich in keiner Weise von ihren Mitmenschen und Freunden, die anderen Glaubens oder nicht religiös sind. Der Staat Israel kann nicht Interessenvertreter aller Juden der Welt sein.

In Distanz zur und in Ablehnung der Besatzungspolitik Israels sowie in Überzeugung, dass die Menschenrechte auch für palästinensische Araber gelten, treten Juden aus Israel, Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern für eine friedliche, gerechte Lösung des Nahostkonflikts ein, die auf der Basis des Völkerrechts dem palästinensischen Volk

ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglicht und beiden Nationen die Existenz in international anerkannten Grenzen sichert.

E.S.

Ester Bejarano erhält Bundesverdienstorden

Am 6. Oktober 2008 wurde Esther Bejarano, Ehrenvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten und Vorsitzende



des Auschwitz-Komitees in der BRD von Bundespräsident Horst Köhler im Berliner Schloss Bellevue mit dem Bundesverdienstorden der Bundesrepublik Deutschland geehrt.

Zur Begründung heißt es:

„Viele ihrer Familienangehörigen wurden von den Nationalsozialisten ermordet. Sie überlebte, weil sie im KZ Auschwitz Aufnahme in das Mädchenorchester fand und später im Frauen-KZ Ravensbrück Zwangsarbeit leistete. Nach ihrer Befreiung wanderte sie im August 1945 nach „Erez Israel“ (Palästina) aus und kehrte 15 Jahre später in ihre Heimat zurück, wo sie sich seit langem in der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes e.V. und in dem von ihr gegründeten „Auschwitz-Komitee in der BRD e.V.“ als Vorsitzende engagiert.

Es ist ihr ein wichtiges Anliegen, besonders junge Menschen über den Nazi-Terror und den Rechtsextremismus aufzuklären. Wertvolle Aufklärungsarbeit leistet sie als Zeitzeugin auch mit ihren Biographien „Man nannte mich Krümel“ und „Wir leben trotzdem“.

Wir begrüßen diese Würdigung einer streitbaren Antifaschistin und freuen uns, dass zusammen mit ihr auch Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, den Bundesverdienstorden erhielt.

*Aus der PM der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
- Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
Bundesvereinigung*

Pflichtthema „Vertreibung“

HANNOVER/BERLIN (Eigener Bericht) – Die Regierung des Bundeslandes Niedersachsen setzt das Thema einer staatlichen Revisionsoffensive auf den Lehrplan der niedersächsischen Schulen. Mit Beginn des neuen Schuljahres werden „Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten“ zum verbindlichen Unterrichtsthema an sämtlichen allgemeinbildenden Schulen in dem Bundesland, teilt die Landesregierung in Hannover mit. Es sei „wichtig“, die Erinnerung an die Umsiedlung nach dem Zweiten Weltkrieg „wach zu halten“, erklärt der zuständige Landesbeauftragte mit Blick auf die altersbedingt schwindende „Erlebnisgeneration“.

Die Landesregierung unterstützt seit jeher Initiativen, die diesem Zweck dienen, trägt zur Finanzierung eines Erinnerungs- und Dokumentationszentrums zur Umsiedlung der Deutschen bei (in Berlin) und unterhält bereits seit 1950 eine Sonderbeziehung („Patenschaft“) zur Landsmannschaft Schlesien, einem Verband umgesiedelter Deutscher.

Die Aktivitäten des Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Rudi Pawelka, verdeutlichen, dass hinter der scheinbar interesselosen Erinnerungspolitik handfeste materielle Ansprüche stehen: Pawelka organisiert Prozesse gegen Polen – und verlangt die Rückgabe von ehemaligem Grundbesitz umgesiedelter Deutscher, wahlweise Entschädigung.

*Newsletter
vom 21.8.2008*

Antichinesische Kampagne auf Hochtouren – auch nach den Olympischen Spielen

Der neue heilige Vater vom Dach der Welt

Wäre sie ausgeblieben, hätte mich das sehr gewundert – die antichinesische Kampagne von Politik und bürgerlichen Massenmedien im Vorfeld der Olympischen Spiele in Peking. Auch die Kirche mischt bei diesem Feldzug kräftig mit. Die evangelisch-lutherische Kirche in Niedersachsen hat ein mit einem Bibelspruch versehenes Armband zur Solidarität mit den tibetanischen Separatisten herstellen lassen, von dem laut Aussage der Landesbischöfin bereits 100 000 Exemplare vertrieben wurden. Es herrscht kalter Krieg gegen die Volksrepublik China und wie bei allen Kriegen stirbt zuerst die Wahrheit.

Auf einer Konferenz der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung wurde im Beisein offizieller Vertreter der US-Regierung ein Aktionsplan zur Störung des Fackellaufs und der Olympischen Spiele verabredet. Hebel dazu sind die „Menschenrechte“ und die sogenannte Tibetfrage, die immer mehr zu einem Bekenntnisritual verkommt.

Der Hamburger Rechtsanwalt Dr. Rolf Geffken hat in der Zeitung „Neues Deutschland“ (Ausgabe vom 7./8. Juni) zehn Thesen zum Thema „Die Linke und China“ veröffentlicht. Dies erscheint auch durchaus notwendig, denn es ist festzustellen, dass bei der Einschätzung der Lage in der Volksrepublik, ähnlich wie beim Thema Nahostkonflikt, ein Teil der Linken vom Bazillus des Irrationalismus befallen ist und dieser greift bekanntlich das Hirn an. Geffken stellt in seinen Thesen fest:

„Die massive Einmischung in die innerchinesischen Verhältnisse, die mit einer Instrumentalisierung der Olympi-

schen Spiele von außen verbunden ist und Sportler sogar zur Einmischung während der Wettkämpfe auffordert, resultiert nicht aus einem Zufall. Sie ist nicht das Produkt spontaner Ideen, sondern Teil insbesondere der US-amerikanischen Strategie zur Eingrenzung und Eindämmung des außenpolitischen Einflusses der Volksrepublik China. Daran ändern auch ungeschickte und hölzerne Verlautbarungen aus Peking nichts. China verfolgt mit seiner Politik der militärischen Nichteinmischung und der Ablehnung von Militärinterventionen einen Kurs, der mit der Strategie der US-Regierung unter Präsident Bush nicht vereinbar ist: Wiederholt hat die Bush-Regierung versucht über das Thema „Terrorismusbekämpfung“ und das Interesse der chinesischen Regierung, Terroraktionen von Angehörigen des Volkes der Uiguren zu bekämpfen, China zur Aufgabe seiner Politik der Nichteinmischung zu bewegen – erfolglos.

Zugleich wachsen die ökonomischen Abhängigkeiten vieler Staaten von China und die Verflechtung der chinesischen Ökonomie mit den westlichen Ländern. Die Geschichte zeigt, dass solche Prozesse, vor allem wenn sie sich zuspitzen, die Politik nicht etwa zu rationalem Handeln veranlassen, sondern umgekehrt die Karte der Demagogie ausspielen lassen. Angesichts der Vernichtung industrieller Arbeitsplätze erscheint es deshalb immer mehr opportun, eine Art ‚gelbe Gefahr‘ zu konstruieren. Die Situation in Tibet wird ausgenutzt, um die unabhängig davon



verflechtung der chinesischen Ökonomie mit den westlichen Ländern. Die Geschichte zeigt, dass solche Prozesse, vor allem wenn sie sich zuspitzen, die Politik nicht etwa zu rationalem Handeln veranlassen, sondern umgekehrt die Karte der Demagogie ausspielen lassen. Angesichts der Vernichtung industrieller Arbeitsplätze erscheint es deshalb immer mehr opportun, eine Art ‚gelbe Gefahr‘ zu konstruieren. Die Situation in Tibet wird ausgenutzt, um die unabhängig davon

begonnene Kampagne gegen China zuzuspitzen. Dabei sind die in der USA-Presse erhobenen Vorwürfe, die chinesischen Kommunisten seien die ‚gleichen Verbrecher‘ wie zur Zeit der Kulturrevolution, ein Akt beispielloser journalistischer Entgleisung. Sie ist nichts anderes als ‚Volksverhetzung‘.“

Zum Dalai-Lama, dem Lieblichshelden der imperialistischen Propaganda, auserkoren zum neuen heiligen Vater, stellt Geffken in einer anderen seiner Thesen fest:

„Die Initiatoren der Tibet-Kampagne übersehen bewusst (andere vergaßen es fahrlässig), dass sich der Dalai-Lama zwar grundsätzlich zur Gewaltlosigkeit bekennt, andererseits aber gerade der tibetanische Buddhismus auch in der Geschichte nicht einwandfrei war. Und dass sich der Dalai-Lama nicht auf kulturelle Autonomie beschränkt, sondern politische Macht beansprucht ... Die Forderung eines religiösen Führers nach Teilhabe an der politischen Macht ist eine Forderung, die den laizistischen Grundsätzen der Europäischen Union, der deutschen Verfassung und sogar der US-amerikanischen Tradition widerspricht. Sie ist schlicht reaktionär und mit dem Demokratieprinzip nicht vereinbar.“

Die Autoren Volker Bräutigam und Wolf Grauer, Eckhart Spoo, verantwortlicher Redakteur und Mitherausgeber der Politikzeitschrift Ossietzky und weitere Persönlichkeiten, darunter unser Verbandsvorsitzender Klaus Hartmann, der Schriftsteller Wolfgang Bittner, der Rechtsanwalt Armin Fiant und der langjährige DDR-Botschafter in Peking Rolf Berthold haben sich mit einem Brief an den Botschafter der Volksrepublik China in der Bundesrepublik gewandt. Die Autoren entschuldigen sich in diesem Schreiben dafür, dass Deutschland innerhalb eines Jahres schon wieder zur Bühne für propagandistische, chinafeindliche Auftritte des Dalai-Lama gemacht wurde. Sie stellen u. a. fest:

„Wir meinen, dass viele gutgläubige, über Geschichte und Gegenwart Tibets aber leider nur unzureichend informierte Deutsche zu einer emotionalen, polarisierten Betrachtung des chinesisch-tibetischen Verhältnisses verleitet wurden. Viele Deutsche kultivieren unreflektiert das romantische Tibet-Bild einer farbigen, harmonischen Mönchs-Republik unter der Leitung eines gütigen, hochweisen Dalai Lama – und werden von den Massenmedien absichtlich in dieser Scheinwelt gefangen gehalten. Dieser Tibet-Schimäre wird von Politik und Konzernmedien das Zerrbild einer aggressiven und kulturfeindlichen Volksrepublik China gegenübergestellt, wie es weitgehend der US-amerikanischen Propaganda entspricht. ...“

Die deutsche Regierung unterstützt die weltweite Separations-Politik der USA zur Schaffung kleiner und damit abhängiger Staaten, sei es aus wirtschaftlichen oder aus militärischen Gründen. Das tibetische Hochland ist von strategischer Bedeutung. Diese und seine Rohstoff-Reserven verleiten Washington und seine Verbündeten zu Versuchen, ein ‚asiatisches Kosovo‘ herbeizuführen. Die Haltung der deutschen Regierung, insbesondere ihre kalkulierte politische Aufwertung des Dalai-Lama sind vom gleichen Ungeist geleitet wie ihr völker- und verfassungsrechtlich verfehltes Vorgehen in Afghanistan, Afrika und Jugoslawien.“

Cornelius Kaal

(Dieser Beitrag konnte aus Platzgründen nicht mehr im Rundbrief 2/08 aufgenommen werden. Wir meinen aber, dass die angesprochenen Probleme nach wie vor aktuelle sind. U. Sch.)

Eine unerwartete Begegnung mit den Spuren von Immanuel Kant

Das Endziel meiner diesjährigen Reise war die Kurische Nehrung. Es wurde aber auch in Kaliningrad, dem früheren Königsberg, Halt gemacht. Eine Stadtrundfahrt stand auf dem Programm und der Dom und die Grabstätte von Immanuel Kant wurden besichtigt.

Die Reiseleiterin erzählte, dass in den Städten und in den Provinzen neben den vorhandenen orthodoxen Kirchen evangelische und katholische Kirchen restauriert und manchmal auch neu gebaut wurden. Es



Immanuel Kant

gäbe also Religionsfreiheit und der Atheismus dominiere nicht mehr. Darüber haben sich vielleicht einige Reisetilnehmer gefreut, andere wiederum haben es gleichgültig hingegenommen. Mir gab die Sache aber zu denken und bestätigte mir die nach der Wende fortschreitende Christianisierung des Ostens.

Die Geschichte sagt, dass der

Osten durch den Deutschen Ritterorden in seiner Blütezeit um 1400 zwangschristianisiert wurde. Dort lebten slawische Volksgruppen.

Zurück zu Kaliningrad bzw. Königsberg:

Mit dieser Stadt ist der Philosoph Immanuel Kant (1724-1804) verbunden. Er lebte in der Epoche der Aufklärung. Mit seinem Hauptwerk wollte er die kopernikanische Wende herbeiführen. Metaphysik als Wissenschaft war für ihn unmöglich.

In seiner Kritik der praktischen Vernunft stellt Kant den berühmten kategorischen Imperativ auf:

„Handle so, dass Dein Handeln Grundlage eines allgemeinen Gesetzes sein kann.“

Kant konnte sich zum größten Teil frei entfalten. In seiner Zeit regierte Friedrich der Große (im Volksmund „Der Alte Fritz“ genannt, 1712-1786), der ein Befürworter der Aufklärung war und von dem der Ausspruch stammt: „In meinem Land soll jeder nach seiner Fassung selig werden.“

Der Impuls der Aufklärung führte zur Französischen Revolution (1789), zum Liberalismus und vorerst zum aufgeklärten Absolutismus.

Gerd Adolph

90 Jahre Matrosenaufstand in Kiel und die Revolution 1918/19

Die Niederlage Deutschlands war nicht mehr abzuwenden. Die Reaktion wollte dies nicht wahrhaben. So kam es in Wilhelmshaven zur Meuterei der Matrosen. Sie wurden verhaftet und einige nach Kiel verlegt. Es gärte. Die Matrosen protestierten zunächst gegen die Verhaftung ihrer Kameraden (angeführt von den Matrosen Reichpietsch und Köbis).



links: Albin Köbis und Max Reichpietsch
rechts: ihr Grab in Köln-Porz

Kieler Wertarbeiter unter Führung der USPD (unabhängige Sozialdemokraten) schlossen sich an. Es kam zur Revolution. Die Regierung Ebert/Noske stellte sich auf die Seite der Reaktion. Reichwehrminister Noske (SPD) kam aus Berlin angereist und wiegelte ab. Die Revolution wurde niedergeschlagen. Von Gustav Noske stammt der Satz: „Einer muss ja der Bluthund sein.“

Gedenkveranstaltungen zum Matrosenaufstand und zur Revolution in Kiel finden in jedem Jahr statt. Diesmal war der 90. Jahrestag.

Im Kieler Kommunikationszentrum in der Hansastrasse fand aus diesem Anlass am Sonnabend, 8. November, eine Abendveranstaltung der DKP statt. Der Schauspieler, Sänger

und Rezitator Erich Schaffner, begleitet von Georg Klamp am Klavier (einigen Genossen bekannt vom Kulturprogramm beim Freidenker-Verbandstag 2006 in Frankfurt), trug Lieder vom Matrosenaufstand und von der Revolution vor. Auch Zitate von Tucholsky fehlten nicht. Zum Schluss gab es soviel Beifall, dass mindestens dreimal Zugaben kamen. Mitgesungen wurden das Einheitsfrontlied „Und weil der Mensch ein Mensch ist ...“ und das Kautabaklied der Firma Eggenbrecht in Kiel (soweit der Text bekannt war).

Eine Gedenkfeier für die Opfer beim Matrosenaufstand fand am Sonntag, 9. November, auf dem Kieler Friedhof Eichhof statt. Es gab mehrere Redebeiträge. Kritisiert wurde, dass Kieler Straßen nach Reaktionären benannt wurden.



Es gibt zum Beispiel keine Rosa-Luxemburg-, keine Karl-Liebknecht-Straße, kein Reichpietschufer, keine Köbisallee usw., dafür aber ein Hindenburgufer, einen Scheerhafen (Admiral Scheer), eine Tirpitzmole usw.

Am Ende der Feier wurde gemeinsam das Lied für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg „Auf, auf zum Kampf ...“ gesungen.

Gerd Adolph

Exkursion 2009:

Unser Ziel ist die Freie und Hansestadt Hamburg

Termin: 18./19. April 2009 (evtl. Anreise schon 17. April)

Übernachtung: privat oder günstiges Hotel/Pension bei gerechter Aufteilung der Kosten

Anmeldung: ab sofort möglich beim Landesvorstand (siehe Telefon, Adresse oder Mail in diesem Rundbrief)

Mitglieder haben den Wunsch geäußert, die Hafenstadt Hamburg einmal näher kennen zu lernen. Dieser Wunsch ist vom Vorstand gern aufgenommen worden und es wurden auch schon reichlich Ideen entwickelt und vorgeschlagen, um ein interessantes Programm mit kulturellen, politischen sowie geschichtlichen Schwerpunkten zu gestalten. Folgende Vorschläge liegen vor, sind aber zum heutigen Zeitpunkt noch unverbindlich und ausbaufähig:

Stadtteilrundgang (St. Georg) mit sachkundiger Führung, alternative Hafen- oder Stadtrundfahrt, Gedenkstätte Ernst Thälmann, Begegnung mit Freunden (wie Mitglieder der Willi-Bredel-Gesellschaft, Freie Humanisten Hamburg) und Möglichkeiten für Gespräche bei gemeinsamem Essen. Auch ein Besuch oder die Organisierung eines literarisch, musikalischen Abends ist vorgeschlagen und wird in die Vorbereitungen einbezogen.



Herausgeber : Deutscher Freidenker Verband, Landesverband Nord e.V.

Redaktion: Uwe Scheer, Postfach 60 25 07, 22235 Hamburg (Adressenänderung!), Tel/Fax (0 40) 6 31 62 60; Dr. Elli-Marie Simon, Kirschenallee 51, 17235 Neustrelitz, Tel. (0 39 81) 44 32 05, Mail-Adresse des DFV-Nord: dfv-nord@freidenker.de

Redaktionsschluss: jeweils zur Vorstandssitzung; für die Ausgabe 1/09: 13.3.2009
Auf dieses **Konto** können Beitrag und Spenden gezahlt werden: DFV-Landesverband Nord e.V.
Nr. 108359207 (BLZ 200 100 20) bei der Postbank Hamburg

Der DFV im Internet:

<http://www.dfv-nord.de> oder www.freidenker.de

Der Bezug des **Rundbriefs** ist für Mitglieder kostenlos. Einzelexemplar 1,00 Euro. Für Nichtmitglieder kann der **Rundbrief** in Kombination mit dem Verbandsorgan FREIDENKER (4 mal im Jahr) für jährlich 15 Euro bestellt werden.

Tipps und Termine

DFV-Verbandsvorstand (VV)

Veranstaltungen in Berlin am LLL-Wochenende

09.01. Sitzung der Geschäftsführung in Berlin

10.01.; Info bei der Rosa-Luxemburg-Konferenz der „jungen.Welt“

11.01.; Informationstand der DFV anl. der Liebknecht-Luxemburg- Ehrung

14./15. 3.; VV in Magdeburg

21.05; VV-Tagung am Vorabend der Verbandstages

22./23. 5. VERBANDSTAG DES DFV in Berlin

DFV-Landesverband Nord e.V.

Sa. 24.1. Landeskonferenz in Lübeck, DGB-Haus;

Sa./So. 18. / 19. 4. Exkursion nach Hamburg (s. Einladung)

Sa. 27.6. 2. Sitzung des LV. in Lüneburg

Sa. 31.10./1.11. Wochenendseminar in Seppensen/Nordheide einschl. Vorstandssitzung

Orts- und Kreisverbände

Hamburg:

7.4., 2.6., 6.10 und 1. 12.-jeweils dienstags um 19.00 Uhr- (Einladungen mit den Themen bekommen Mitglieder und Freunde zugesandt)

Die Veranstaltungen des Ortsverbands finden in der Geschichtswerkstatt St. Georg; Hansaplatz 9, Nähe Hauptbahnhof und ZOB statt. Weitere Auskünfte: Uwe Scheer, Tel. 040/631 62 60

Neustrelitz:

Einladungen für die monatlichen Treffen bekommen Mitglieder und Freunde des Kreisverbandes zugesandt. Anfragen beim Kreisvorsitzenden Werner Mahnke, Tel.03981/ 20 53 13

Kiel:

Freidenker und Mitglieder des IBKA treffen sich als „Atheistische Gruppe“ jeweils am 1. und 3. Dienstag im Monat um 19.30 in der Friedenswerkstatt, Exerzierplatz 19. Mehr Infos unter www.atheistische-gruppe-kiel.beep.de oder Tel. 0431/524807 (Gerd Adolph).

Bremen:

Es gibt eine Reihe von Veranstaltungen zum 90. Jahrestag der Bremer Räterepublik. Der DFV Nord orientiert auf nachfolgende Veranstaltung und lädt alle Mitglieder und Freunde des DFV in Bremen und Umgebung zur Teilnahme ein.

Rolf Becker / Karl Heinz Roth / Jörg Wollenberg: Die Bremer Räterepublik ? Historische Kontexte und aktuelle Bedeutung, Sitzung der Mittwochsgesellschaft am 4.2.2009. (wahrscheinlich Villa Ichon, Goetheplatz 4, Beginn 19. 30 Uhr) Nachfragen bei der VVN/BdA unter raygaeb@web.de .

Andere Organisationen:

Lübeck /Ostholstein

Sa., 28. 3. 2009: Das Bündnis „Wir könne sie stoppen“ in Lübeck teilt mit : Nazis wollen wieder durch Lübeck maschieren und der „Opfer der Bombardierung Lübecks gedenken“. ... aber wir können sie stoppen! Demo gegen Naziaufmarsch am 28.3. 2009;

Anfragen unter. Joachimnolte@web.de

Sa/So 23./24.5. 2009

Die Erich Mühsam-Gesellschaft Lübeck veranstaltet alljährlich eine interessante Jahrestagung mit Mitgliedern und Gästen in Bad Malente .Im Jahr 2009 ist es das Wochenende am 22.-24. Mai. Anfragen sind bitte an die Vorsitzende Sabine Kruse unter kruse-sabine@gmx.de oder Jürgen Wolfgang Goette jwgoette@gmx.de zu richten

Neustadt/Holstein:

So., 3.5. um 10.00 Uhr: Gedenkveranstaltung für die Opfer der Cap-Arcona-Katastrophe in der Lübecker Bucht am 3. Mai 1945. Kranzniederlegung und Ansprachen von Vertretern des Landes, der Stadt und von Verbänden der Verfolgten. Der DFV-Landesverband Nord wird sich wie in den Jahren zuvor beteiligen.

Internationale Rosa Luxemburg Konferenz 2009
Samstag, 10. Januar 2009, Saalöffnung 10.00 Uhr,
URANIA-HAUS An der Urania 17, 10787 Berlin.
Themen: Rosa Luxemburg: „Die Weltherrschaft des Imperialismus ist eine historische Notwendigkeit – aber auch ihr Sturz durch die proletarische Internationale“ (Die Krise der Sozialdemokraten, Junius-Broschüre, Zürich 1916), Internationalismus und Gegenmacht heute

Hamburg:

Willi-Bredel-Gesellschaft-Geschichtswerkstatt (WBG)

Führung durch die Ausstellung „Zwangsarbeit in Hamburg“, Wilhelm Rabeweg 23. (Nähe Flughafen) am 5. April, 3. Mai 7. Juni, 6. September 4. Oktober 1. November 2009

Weitere Termine der WBG sind unter www.willi-bredel-gesellschaft.de oder unter der Telefonnummer 59 11 07 (dienstags von 16. bis 19.00 Uhr geöffnet).

MASCH Marxistische Abendschule Hamburg-Forum für Politik und Kultur e.V.

Das Programm kann angefordert werden unter info-masch-hamburg.de oder über www.masch-hamburg.de eingesehen werden. Im Darwin- Jahr 2009 beabsichtigen wir mit der MASCH im November an der Hamburger Uni eine gemeinsame Veranstaltung durchzuführen. Einzelheiten in der nächsten Ausgabe des Rundbriefs.

Das Programm des Kuratoriums „Gedenkstätte Ernst Thälmann“ e.V.

(GET), Tarpenbekstr. 66 in Hamburg-Eppendorf zur Woche des Gedenkens 2009 und zu anderen Veranstaltungen können unter www.thaelmann-gedenkstaette.de abgefragt werden. Auch können Infos unter 040-474184 angefordert werden. Die Thälmann-Gedenkstätte besteht im nächsten Jahr 40 Jahre (August 2009); sie erhält keine öffentliche Unterstützung. Auch kann der Spendenaufruf zur Renovierung und Restaurierung der Ausstellung anlässlich des Jubiläums angefordert oder im Internet eingesehen werden. Wer die Einrichtung finanziell unterstützen will, kann auch Mitglied im Förderverein der GET werden. Die Gedenkstätte lädt fast täglich zum Besuch und zum Studieren ein. Sie ist am Montag ab 17.00 bis 20.00 Uhr, Mittwoch bis Freitag von 10.00 bis 17.00 Uhr und sonnabends von 10.00 bis 13.00 Uhr geöffnet. U.Sch.

Andere Institutionen und Termine:

Hamburg:

Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.

Montag; 13.4.- Ostermarsch in Hamburg

Wedel:

Sonnabend, 11. 4. – Veranstaltung zum Ostermarsch im Kreis Pinneberg

Internationale Rosa Luxemburg Konferenz 2009

Samstag, 10. Januar 2009, Saalöffnung 10.00 Uhr,

URANIA-HAUS An der Urania 17, 10787 Berlin.

Themen

Rosa Luxemburg: „Die Weltherrschaft des Imperialismus ist eine historische Notwendigkeit – aber auch ihr Sturz durch die proletarische Internationale“ (Die Krise der Sozialdemokraten, Junius-Broschüre, Zürich 1916)
Internationalismus und Gegenmacht heute